

Dringliche Motion Fraktion FDP (Christian Wasserfallen JF): Uneingeschränkter Zugang für gehbehinderte und gebrechliche Personen in der oberen Altstadt mit privaten Motorfahrzeugen statt Schikanierung und Sperre!

Den unerwünschten und lästigen motorisierten Individualverkehr will man von der politischen Mehrheit aus schon lange aus der Stadt verbannen. Diese ideologisierte und kurzsichtige Verkehrspolitik treibt nun aber seltsame Blüten. Gehbehinderte Personen dürfen die obere Altstadt in den Sperrstunden nicht mit dem Auto befahren, was sie noch mehr in ihrer Mobilität unnötig einschränkt. Die Alternativen, die vom Gemeinderat aufgezeigt werden grenzen an Sarkasmus: So sollen die Menschen mit einer Gehbehinderung zum Beispiel das Taxi nehmen, weil diese uneingeschränkt in der Stadt zirkulieren können oder ihr Auto in den teuren und teilweise weit entfernten Parkhäusern abstellen.

In einer Stadt, wo Millionenbeträge dafür ausgegeben werden um sämtliche Trottoirs abzusenken, damit sie für Rollstühle befahrbar sind oder wo öffentliche Gebäude aufwendig saniert werden, damit sie behindertengängig sind, wird der Zugang mit dem Auto in die obere Altstadt für die betroffenen Menschen massiv eingeschränkt. Nicht einmal der wertvolle und freiwillige Fahrdienst des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) ist von dieser unsinnigen Einschränkung ausgenommen.

Der Gemeinderat zeigt in der Antwort auf einen bestehenden Vorstoss auf, welche rechtlichen Schritte diese willkürliche und schikanöse Zugangssperre auslösen können. Im Sinne der behinderten und gebrechlichen Menschen, die ohnehin schon in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, muss gehandelt und eine faire und sinnvolle Verkehrspolitik umgesetzt werden.

Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, sodass gehbehinderte und gebrechliche Menschen uneingeschränkten Zugang zur oberen Altstadt mit privaten Motorfahrzeugen erhalten.

Begründung der Dringlichkeit:

Der unhaltbare Zustand in der oberen Altstadt, wo gehbehinderte und gebrechliche Menschen in ihrer Mobilität zusätzlich eingeschränkt werden, muss schnellstmöglich korrigiert werden.

Christian Wasserfallen
Bern, 22. März 2007